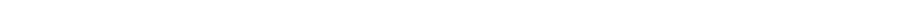
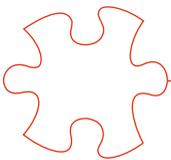


Informationsgesellschaft Schweiz

Société de l'information en Suisse
Società dell'informazione in Svizzera
Information Society in Switzerland







Die Informationsgesellschaft sind wir!

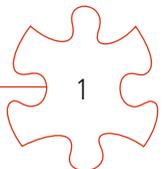
Das Internet eröffnet für unsere Gesellschaft neue Horizonte und Möglichkeiten. Ob bei der Arbeit oder im Privatleben: Computer sind aus unserem Alltag kaum noch wegzudenken. Wer eine Information sucht, schaut zuerst einmal im Internet nach. Das Internet, nicht viel älter als fünfzehn Jahre, erschliesst eine fast unbegrenzte Fülle an Information und wird zudem als rasches und billiges Kommunikationsmittel genutzt. Man kann schnell den Kontostand abrufen, Rechnungen begleichen, den Fahrplan konsultieren, Flüge oder ganze Ferienreisen buchen usw.

Was für Einzelpersonen Annehmlichkeiten sind, führt bei Firmen zu Einsparungen in administrativen Abläufen, mit Lieferanten, Kunden und Behörden.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist gross. Der Bundesrat hat deshalb seine aus dem Jahr 1998 datierende Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz im Januar 2006 neu aufgelegt. Unser Land muss auf diesem wichtigen Gebiet international Schritt halten und die neuen Technologien als Wettbewerbsvorteil nutzen können.

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich exzellente Voraussetzungen fürs digitale Zeitalter geschaffen. Bei der Infrastruktur – Breitband-Anschlüsse, Computerdichte, Internetzugang – belegen wir Spitzenplätze. In der konkreten Nutzung hinken wir in vielen Bereichen nach, so beim elektronischen Behördenverkehr (E-Government), im Gesundheitswesens (E-Health) und im Bereich von Bildung und Kultur, in vier gemäss bundesrätlicher Strategie besonders vordringlichen Handlungsfeldern.

Die Politik kann Ziele und Handlungsfelder auf dem Weg zur Informationsgesellschaft Schweiz vorgeben. Die Umsetzung muss aber in Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen, und wir alle, auch Sie, liebe Leserin, lieber Leser, sind zur Mitwirkung aufgefordert.

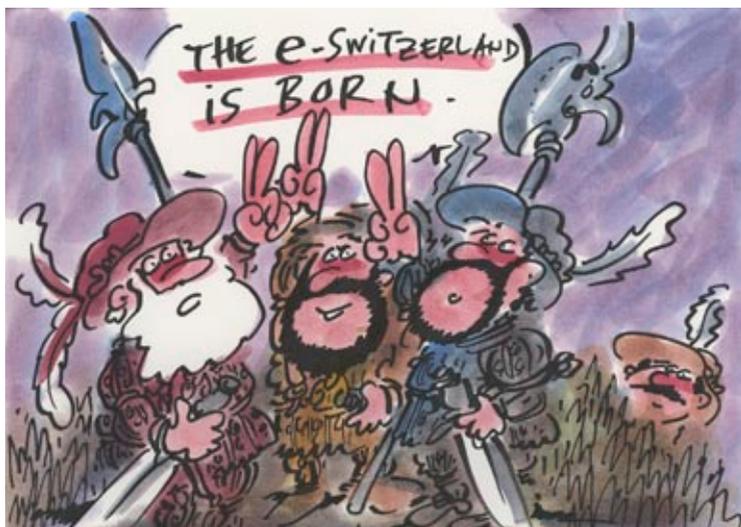




Jede Initiative ist zu begrüßen, komme sie aus dem gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Bereich, welche die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien fördert.

Unter dem Patronat der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften, SATW, ergriffen die Kommission für Informations- und Kommunikationstechnologien und der Dachverband ICTswitzerland die Initiative, gemeinsam mit mehreren Trägerorganisationen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik die vorliegende, leicht verständliche Broschüre zu erarbeiten. Sie steht allen Interessierten, insbesondere aber auch jenen Personen zur Verfügung, welche in Beruf und Privatleben Wissen weitergeben.

Ende Januar 2007 fand in Gerzensee eine Tagung statt, an der Interessierte, Expertinnen und Experten aus der ganzen Schweiz in sieben Workshops die verschiedenen Handlungsfelder der bundesrätlichen Strategie für eine Informationsgesellschaft diskutierten und als Ergebnis je einen Text als Grundlage für diese Broschüre abliefern. Der bekannte Karikaturist Pierre-Paolo Pugnale hielt während dieser Tagung das Geschehen in über 100 Karikaturen fest. Sie finden in der vorliegenden Broschüre eine kleine Auswahl.





Die Initianten und Trägerorganisationen haben zusätzlich zur Broschüre eine Homepage eingerichtet, welche zahlreiche Materialien enthält und eine rege Diskussion in breiten Bevölkerungskreisen zum Thema anregen will. Beteiligen auch Sie sich und klicken Sie auf www.ict-21.ch.

Das chinesische Zeichen für «Chance» und «Gefahr» ist dasselbe. Das Internet eröffnet zahlreiche Chancen, bringt aber auch Gefahren – Gefahren sowohl für die privaten Nutzerinnen und Nutzer des Internets, wie auch Risiken, mit denen sich staatliche wie private Organisationen auseinandersetzen müssen.

Das Internet als grundsätzlich offenes System enthält auch Problematisches, irreführende oder halb wahre Informationen. Datenautobahnen sind so gefährlich wie andere Verkehrswege, nur gibt es keine allgemein gültigen Fahrregeln und auch keine Polizei, die in der Lage wäre, in der Unmenge an Information die Einhaltung von Vorschriften zu garantieren. Der sichere Umgang mit dem Internet muss gelernt und dann auch praktiziert werden. Der Datenschutz wird in der Schweiz sehr ernst genommen.

Die Sicherheit der Systeme ist für das Funktionieren unseres Staates, für Wirtschaft und Gesellschaft existenziell. Die Abwehr krimineller oder terroristischer Anschläge auf die Informatikstrukturen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist von zentraler Bedeutung. Der Bund hält, zusammen mit unterschiedlichsten Institutionen im In- und Ausland, die Grossrisiken in Schach und gewährleistet die Sicherheit der Netze.

Um die Risiken im Privatgebrauch, die jedoch für die Einzelnen durchaus bedrohlich sein können, müssen sich die Internetnutzerinnen und -nutzer eigenverantwortlich selber kümmern. Wenn alle die gebotenen Vorsichtsmassnahmen treffen, lassen sich Missbräuche in Grenzen halten. Die staatlichen Stellen sorgen mit den Rahmenbedingungen dafür, dass wir, bei richtigem Gebrauch, Vertrauen in die neuen Systeme und deren Nutzung haben dürfen.



Auch der Bund hat in den letzten Jahren das Internet als Instrument der einfachen und raschen Information genutzt. Über das von Bund, Kantonen und Gemeinden gemeinsam getragene Schweizer Portal www.ch.ch und das Bundesportal www.admin.ch haben Bürgerinnen und Bürger einen einfachen Zugriff auf alle wichtigen Behördeninformationen. Zusammen mit den Kantonen und den Gemeinden will der Bund auch den elektronischen Behördenverkehr, E-Government, fördern.

In den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich haben bereits Tausende von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ihre Stimme elektronisch abgegeben. Auf der Grundlage dieser erfolgreichen Pilotversuche hat das Parlament beschlossen, die Versuche mit «vote électronique» schrittweise auszuweiten.

Wir danken den Initianten und Trägerorganisationen dafür, dass sie sich für die Entwicklung der Informationsgesellschaft in der Schweiz eingesetzt haben und weiterhin einsetzen werden. Wir danken aber auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für Ihr Interesse und Ihre Mitwirkung, die Informationsgesellschaft in der Schweiz voranzubringen.

ANNEMARIE HUBER-HOTZ
Bundeskanzlerin

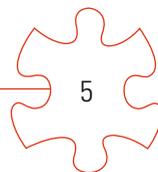
Links

- **Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft (1998, 2006)**
<http://www.bakom.admin.ch/themen/infosociety/00695/index.html?lang=de>



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Thema 1: Vertrauen und Sicherheit	6
Statements	8
Links	9
Thema 2: Bildung	10
Statements	11
Links	13
Thema 3: Demokratische Meinungs- und Willensbildung	14
Statements	16
Links	17
Thema 4: Kultur	18
Statements	20
Links	21
Thema 5: Wirtschaft	22
Statements	24
Links	25
Thema 6: Elektronische Verwaltung	26
Statements	28
Links	29
Thema 7: Gesundheit und Gesundheitswesen	30
Statements	31
Links	33
Glossar	34
Organisation	36
Patronat – Träger – Partner	38





Vertrauen und Sicherheit

Confiance et Sécurité • Fiducia e Sicurezza •
Trust, Confidence and Security

Am Anfang steht Vertrauen

1

Die meisten haben es schon erlebt, bei der Arbeit oder im privaten Bereich: Ist das Vertrauen erst einmal angekratzt oder dahin, wird es schwierig. Und wo es an Sicherheit fehlt, steigen Unbehagen und Misstrauen, nicht nur im zwischenmenschlichen Bereich, sondern auch im Umgang mit Technik, Computerprogrammen, alten oder neuen Diensten.



Die Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) bieten neue Annehmlichkeiten und Möglichkeiten. Allerdings sind damit auch Risiken verbunden, die nicht immer sofort ersichtlich sind, jedoch die Ausnahme von der Regel bleiben sollten. Wenn es gelingt, Probleme mit dem Persönlichkeits- oder Datenschutz in den Griff zu bekommen und die Möglichkeiten von Missbrauch, Betrug und Schädigungen einzuschränken, nehmen auch die Sicherheit und das Zutrauen im Umgang mit ICT zu. Schliesslich gibt's auch im Strassenverkehr Rowdies und Verkehrssünder, ohne dass unser Grundvertrauen in eine doch überwiegende Verkehrssicherheit darunter leidet.

Vergleichbare Regeln und Normen wie im Strassenverkehr braucht es auch in der Informationsgesellschaft, damit wir uns ungehindert und



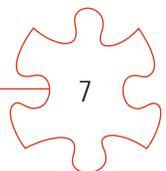
vertrauensvoll daran beteiligen und von ihren Vorteilen profitieren können. Gefordert ist hier nicht allein der Staat mit neuen Gesetzen, um sogenannte Grossrisiken (Spam, Cyber-Kriminalität usw.) zu ahnden, entsprechende Regeln und Verpflichtungen müssen auch von der Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt und durchgesetzt werden.

1

Die Gründe für fehlendes Vertrauen und mangelndes Sicherheitsempfinden sind vielfältig. Fachleute weisen darauf hin, dass die Nutzung von Internet, Online- und Mobil-Diensten oder «elektronischen» Leistungen auch Grundkenntnisse über deren Besonderheiten erfordert. Bewährte und auf einschlägigen Erfahrungen beruhende Vorbehalte, Skepsis und ein gesunder Menschenverstand sind auch im digitalen Zeitalter angebrachte Ratgeber. Unerlässlich sind Selbstverantwortung und die Aneignung neuer Medien- und Kommunikationskompetenzen. Verantwortung für sich selbst schliesst aber auch Verantwortung für nahe stehende oder anvertraute Personen ein, insbesondere Kinder.

Jugendschutz im Internet lässt sich nicht mehr per Dekret verordnen oder an eine Fachstelle delegieren, die über Alter und Eignungen befindet – wie bislang bei Filmen üblich. Denn Jugendliche surfen heute bisweilen souveräner im Netz, als dies Eltern vermögen – und die daher oft keine Ahnung haben, was die Sprösslinge dort an Nützlichem oder Verwerflichem finden. Mit diesem Dilemma beschäftigt sich alljährlich und europaweit der «Safer Internet Day» (SID), der Kinder und Jugendliche vor Gewaltdarstellungen und Pornographie in den neuen Medien schützen soll.

Vertrauen und Sicherheit lassen sich am ehesten gewährleisten, wenn bei der Nutzung neuer Dienste vorab deren Seriosität geprüft oder auf eine verlässliche Vermittlung aus dem persönlichen oder beruflichen Umfeld zurückgegriffen wird. Unerwünschte Belästigungen mit allerlei Spams müssen seit April 2007 nicht mehr einfach hingenommen werden, sondern sind strafbar und können bei den zuständigen Bundesstellen angezeigt werden. Auch bei scheinbar verlockenden (Gratis-)Angeboten aus dem Internet ist grundsätzlich Vorsicht angebracht. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat dazu eine Broschüre





veröffentlicht mit praktischen Tipps und mahnt zur «Vorsicht vor Internetschwindereien».

1

Statement 1

«Eine informierte Gesellschaft schafft die Voraussetzungen für eine lebendige demokratische Ordnung. Das setzt voraus, dass die BürgerInnen nicht nur über die Chancen, sondern auch über die Risiken der neuen Informationstechnologien ausreichend informiert sind und sie verantwortungsvoll nutzen. Den für den Datenschutz verantwortlichen Stellen bei Bund und Kantonen obliegt es, darüber zu wachen, dass bei heutigen wie künftigen Anwendungen der Schutz persönlicher Daten gewährleistet ist.»

HANSPETER THÜR, Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter



Statement 2

«How SAFE is... SAFE enough?»

RAYMOND MOREL, SATW, ICTswitzerland, IFIP



Statement 3

«Wer Vertrauen will - muss Vertrauen schenken! Die Anbieter von Waren, Dienstleistungen, usw. haben endlich begriffen, dass nicht die Technik oder die Technologie die Markt-Treiber sind, sondern die Konsumenten, die Vertrauen haben in einen Anbieter, seine Produkte und seinen off- und online-Auftritt. Immer mehr Firmen lassen sich durch unabhängige Dritte in die Karten schauen und erfüllen freiwillig Auflagen, die Fairness in den Geschäftspraktiken widerspiegeln und somit für Anbieter und Konsumenten einen Gewinn darstellen!»

ROBERT HILTY, e-Trust International Association A.S.B.L., Brussels

1

Links

- **Beiträge der Teilnehmenden**

<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique53>

- **Dokumente und Verweise**

<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique7>

- **Vertrauen und Sicherheit**

<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/01691/01710/index.html?lang=de>

- **Online-Sicherheit für Kinder und Jugendliche**

<http://www.security4kids.ch>

- **Swiss Security Day**

<http://www.swisssecurityday.ch/index.php?lang=de>

- **Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte**

<http://www.edoeb.admin.ch/index.html?lang=de>

- **EU Safer Internet (auf englisch)**

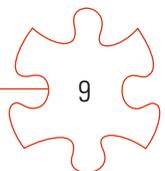
<http://www qlinks.net/quicklinks/status.htm#saferint>

- **Educaguide: ICT und Ethik**

<http://www.educaguides.ch/dyn/9961.php?sid=47337587996174395918355705571130>

- **Vorsicht vor Internetschwindlereien (Brochüre SECO)**

<http://www.seco.admin.ch/dokumentation/publikation/00035/00038/02033/index.html?lang=de>
Gratis zu beziehen über: fair-business@seco.admin.ch





Bildung im gesellschaftlichen Wandel

«Wissen ist Macht», wusste schon der englische Philosoph Francis Bacon (1561-1626). Wissen gibt es jedoch kaum ohne Bildung, ob in der Schule oder ausserschulisch. Bildung muss für alle zugänglich sein, und alle sollten dabei die gleichen Chancen haben. Soweit zumindest der Anspruch. Bildung ist heute, mehr als je zuvor, eine gesamtgesellschaftliche und lebenslängliche Aufgabe.

2

Die Organisation des Lernens steht angesichts moderner Informationstechnologien vor neuen Herausforderungen. Die Schule als herkömmlicher und hauptsächlichster Ort der geordneten Bildungsvermittlung ist davon besonders betroffen. Dabei geht es nicht allein um den Einsatz von PCs und die Vermittlung reiner Computer-Kenntnisse, sondern auch um den «Blick hinter die Kulissen»: Wie funktioniert Textverarbeitung? Wer macht was mit den gesammelten – und insbesondere meinen – Daten? Wer profitiert am meisten von den vielen Informationen?

Damit wird deutlich, dass die vielbeschworene Informationsgesellschaft jede Menge inhaltliche und soziale Kompetenzen erfordert, gerade auch beim Lehrpersonal. Die Fülle der heute verfügbaren Wissensbestände lässt sich nicht mehr einfach in standardisierte Lehrmittel und starre Lehrpläne einfangen. Individualisierte Lernangebote, aufbereitet für die jeweiligen Zielgruppen, sind unverzichtbar. Die neue Aufgabe der Schule besteht in der vermehrten Einbindung auch informeller Lernprozesse und kooperativer Lernformen.

Dank heutiger Kommunikationstechnologien gibt es auch im Bildungsbereich neue und vielfältigere Möglichkeiten, Wissen zu erwerben und zu vermitteln. In früheren Jahren hat bereits das Fernstudium eine Weiterqualifizierung, unabhängig vom Standort einer Studieneinrichtung, ermöglicht. Neue Formen und Angebote des E-Learnings kamen in den letzten Jahren dazu. E-Learning kann bisherige Formen der Wissensvermittlung nicht ersetzen, sondern soll diese – wo sinnvoll und nützlich – ergänzen und unterstützen. Die Lebenswelten von SchülerInnen werden heutzutage vermehrt von Zerrbildern, Botschaften, Idolen und Verführungen gewisser



Medien geprägt. Der kritische Umgang mit Medien und deren unterschiedlichen Gattungen, Rollen, Sendeformaten, Darstellungen und dergleichen – Stichwort Medienkompetenz – muss in der schulischen Bildung einen höheren Stellenwert erhalten und gezielt gefördert werden.

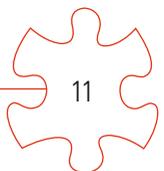
Jugendliche entwickeln eigene mediale und thematische Vorlieben, die sich im Rahmen ihrer Orientierungssuche ausbilden. Gerade neue Medien bieten die Möglichkeit der Ausbreitung jugendkultureller Stile und Identitäten. Dabei können auch neue Formen des sogenannten «Edutainment» (aus dem Englischen Education und Entertainment) genutzt werden, soweit sie tatsächlich spielerische und effektive Varianten des lebenslangen Lernens ermöglichen.

2



Statement 1

«Insegnare, per me, non significa solo sostenere i singoli individui nell'apprendimento di conoscenze strettamente legate alla mia materia scolastica, ma accompagnarli e guidarli nello sviluppo di competenze sovradisciplinari quali, per esempio, le capacità di apprendere in maniera autonoma e collaborativa, di gestire e valutare l'informazione



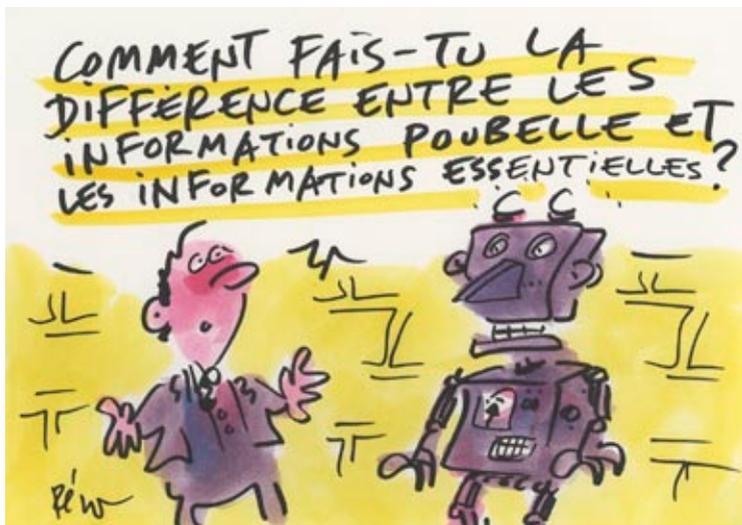


e di osservare con uno sguardo curioso e critico la realtà che li circonda e i continui mutamenti del mondo in cui vivono.»

http://ict.satw.ch/SPIP/article.php?id_article=307

SARA ALLOATTI, Scuola cantonale «Hohe Promenade» di Zurigo
Premiato il «Cavaliere della comunicazione 2005»

2



Statement 2

«Welche Informationen im Internet sind verlässlich und was ist wirklich wissenswert? Was muss gelernt und geprüft werden? Was kann nur rasch im Netz abgerufen werden? Genügt Zugangswissen statt Faktenwissen? Wie werden die Möglichkeiten des Wissensaustausches und der Teamarbeit über das Netz genutzt? Mit den neuen Technologien verändert sich der Zugang zu Wissen, was Folgen für Bildungsinhalte und Lernorganisation nach sich ziehen wird.»

HANNA MURALT MÜLLER, Schweizerische Stiftung für audiovisuelle Bildungsangebote (SSAB)



Statement 3

«Les progrès numériques sont à la fois l'un des facteurs de déstabilisation du système éducatif et l'une des ressources pour sa possible réforme.»

Extraits p. 31 du dossier République 2.0 – Vers une société de la connaissance ouverte (5.4.07)

Statement 4

«Faire son chemin dans la vie en société et dans le monde du travail n'est pas envisageable sans disposer des compétences de base dans l'utilisation des nouveaux médias électroniques. Les 26 directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique sont conscients de ce défi à l'école et à la formation. Ils ont ainsi adopté le 1er mars 2007 une actualisation de la stratégie de la CDIP en matière de technologies de l'information et de la communication (TIC) et de médias dans laquelle sont fixées les priorités pour une collaboration au niveau suisse dans le domaine TIC et formation. Le Serveur suisse de l'éducation www.educa.ch en tant que plate-forme pour l'échange d'informations et l'accès aux contenus électroniques d'enseignement et d'apprentissage doit être assuré à long terme et son développement poursuivi.»

http://www.edk.ch/f/CDIP/Geschaefte/framesets/mainIKT_f.html

ISABELLE CHASSOT, Conseillère d'Etat du Canton de Fribourg,
Présidente de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de
l'instruction publique, (CDIP)

Links

- **Beiträge der Teilnehmenden**

<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique56>

- **Dokumente und Verweise**

<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique10>

- **Public-Private-Partnership – «Schule im Netz»**

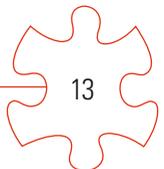
<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/01691/01745/index.html?lang=de>

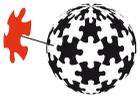
- **Der Schweizerische Bildungsserver**

<http://www.educa.ch/dyn/9.asp>

- **ICT-Strategie der EDK**

http://www.edk.ch/d/EDK/Geschaefte/framesets/mainAktiv_d.html





Demokratische Meinungs- und Willensbildung

Formation démocratique de l'opinion • Formazione di opinioni e volontà democratiche • Democratic Opinion-forming and Decision-making

Demokratie braucht Austausch und Teilhabe

Die Schweiz bietet einzigartige Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung, die beispielhaft sind. Dennoch interessieren sich viele BürgerInnen wenig oder gar nicht für Politik – oder zumindest dafür, wie sie «Politik» erleben oder verstehen. Mit den neuen Technologien sind die Möglichkeiten für eine breite und demokratische Willensbildung enorm gestiegen. Diese gilt es entsprechend zu nutzen.

3

Die Demokratie der Zukunft ist elektronisch vernetzt. Ziel ist es, mit den neuen Mitteln die Information, Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu verbessern. Es ist zwar einfacher geworden, Informationen auszutauschen, aber die zunehmende Informationsflut erschwert auch die Orientierung und die Bildung einer eigenen Meinung. Suchmaschinen wie Google erleichtern einerseits die Suche nach Informationen wesentlich; indem sie gleichzeitig auch die Auswahl und Rangfolge der Suchergebnisse bestimmen, beeinflussen sie andererseits auch die Meinungsbildung.

Information ohne Austausch reicht nicht aus. In der politischen Auseinandersetzung um Ideen, Programme und Konzepte ist es





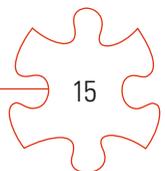
besser, miteinander statt übereinander zu reden – und nicht nur vor Abstimmungen oder Wahlen. Ein informierter Bürger, der über Vorlagen gut Bescheid weiss, sich aber an Abstimmungen nicht beteiligt, nützt der Demokratie wenig. Denn Demokratie braucht Teilhabe der BürgerInnen.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben auch zu einer enormen «Beschleunigung» geführt, wie der Kommunikationswissenschaftler Peter Glotz einst formulierte. So manche in der Gesellschaft, insbesondere ältere Menschen, können diesem Tempo, das oft mit einem Verlust an Orientierung einhergeht, nicht mehr folgen und drohen abgehängt zu werden. Ein «digitaler Graben» könnte auch die Schweizer Gesellschaft spalten. Und jeder Ausschluss von Bevölkerungsgruppen ist in der Demokratie gefährlich. Um den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, sind besondere Angebote und Programme für all jene notwendig, die aus eigener Kraft nicht mehr mithalten können.

3

Medien spielen in der Demokratie eine massgebliche Rolle und haben daher eine besondere Verantwortung. Fachleute befürchten, dass zumindest Teile der Medien ihren gesellschaftlichen Auftrag immer mehr aus den Augen verlieren und ihren Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung kaum noch leisten. Sachinformationen werden immer häufiger durch Unterhaltung überlagert oder gar verdrängt – im vorgeblichen Interesse des Publikums. Der Service public von Radio und Fernsehen – auftragsgemäss dem Gemeinwohl verpflichtet – gilt daher weiterhin als unverzichtbar.

Demokratie im digitalen Zeitalter (E-Democracy) ist somit mehr als die Fortsetzung bisheriger Beteiligungsformen mit neuen technischen Mitteln. Die neuen Möglichkeiten stellen politische Akteure, Parteien und Behörden vor grosse Herausforderungen. Die Wahrnehmung demokratischer Rechte mit elektronischen Mitteln setzt Vertrauen voraus. Doch Vertrauen ist nur möglich, wenn die Verfahrensweisen vertraut und nachvollziehbar sind. Der Bund will neben den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich auch weiteren Kantonen Gelegenheit bieten, Demokratie mit elektronischen Mitteln (Vote électronique) einzüben. Ein Ziel ist dabei auch, Jugendliche vermehrt für Politik zu interessieren. Die bislang vorliegenden Ergebnisse sind viel





3



versprechend. Soviel ist jedoch gewiss: Bei der Einführung der elektronischen Mitbestimmung geht Sicherheit vor Tempo.

Statement 1

«A l'ère de la globalisation et du numérique, la place du débat politique et des informations d'intérêt général dans les médias est vitale pour la démocratie suisse. Le mandat de service public de la SRG SSR idée suisse devra être renforcé pour ce qui concerne l'Internet et les nouveaux médias.»

ARMIN WALPEN, SRG SSR idée suisse.

Statement 2

«Ich finde es naiv davon auszugehen, dass die elektronische Demokratie bei der Information und Meinungsbildung aufhört. eDemokratie bringt vielmehr neue Formen der Entscheidungsfindung und der elektronischen Beteiligung. Damit sind auch nachhaltige Auswirkungen auf das politische System der Schweiz, auf Politik und Parteien verbunden.»

ANDREAS LADNER, IDHEAP, Forschungsprojekt «smart-vote», NCCR Democracy



Statement 3

«A l'avenir également, les médias réalisés dans le respect de l'éthique journalistique doivent rester le lieu fondamental de la discussion publique et de la formation de l'opinion – et non être cantonnés à une fonction de divertissement.»

MATHIEU FLEURY, *impressum* (Die Schweizer Journalistinnen)

Statement 4

«L'expression des droits démocratiques au moyens des TICs implique la confiance des citoyens. La confiance n'est possible que si la transparence des processus peut être démontrée.»

MICHEL WARYNSKI, Chancellerie d'Etat à Genève

3

Links

- **Beiträge der Teilnehmenden**

<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique54>

- **Dokumente und Verweise**

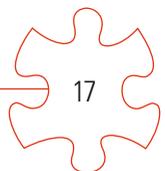
<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique8>

- **Pilotprojekte zum Vote électronique. Bericht des Bundesrats**

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/s/4716/241444/d_s_4716_241444_241683.htm

- **Vote électronique, Bundeskanzlei**

<http://www.bk.admin.ch/themen/pore/evoting/index.html?lang=de>





Kulturpolitik im digitalen Zeitalter

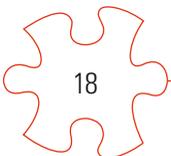
Mit der sinkenden Lebensarbeitszeit und dem zunehmenden Anteil von Freizeit, verbunden mit steigenden Einkommen, nimmt die Bedeutung der Kultur in allen gesellschaftlichen Bereichen zu. Doch Kultur wird heute nicht mehr überwiegend in den Tempeln der Hochkultur wie Opern- und Konzerthäusern, Theatern oder Museen zelebriert.

Kunst ist in fast allen Formen immer wieder ein enges Verhältnis mit der Technik eingegangen – ein Beispiel dafür ist der Film. Mit dem Aufkommen des Computers haben sich Kunstschaffende vermehrt der Medienkunst zugewandt. Auch die Grenzen zwischen Kultur-Produzierenden und «-Konsumierenden» haben sich mit den digitalen Techniken und neuen künstlerischen Ausdrucksformen verwischt. In einer Wissensgesellschaft gewinnen sogenannte immaterielle Werke zunehmend an Bedeutung.

4

Mit den neuen Kommunikationstechnologien ist Kultur auch grenzenloser geworden. Daraus entstehen neue Spannungsfelder zwischen lokaler und globaler Kultur. Der durch bessere Verbreitungstechnologien und eine weltweite Vermarktung begünstigte Kulturaustausch ist jedoch mit erkennbaren Risiken verbunden, so zum Beispiel einem Verlust an kultureller Vielfalt. Ein weiteres Spannungsfeld, das sich auch auf das Kulturschaffen auswirkt, besteht in der wachsenden gesellschaftlichen Individualisierung bis hin zur Isolierung und dem Entstehen neuer sozialer Netzwerke.

All diese Entwicklungen stellen die bisherige Kultur- und auch die Medienpolitik, die sich noch überwiegend an Landesgrenzen orientierten, vor neue Herausforderungen. Staatliche Kulturförderung und die Unterstützung von Medien kommen durch die Liberalisierung von Märkten und die zunehmende Globalisierung immer mehr unter Druck. Dabei ist unverkennbar, dass Nischenkultur und Kleinkunst – ganz im Gegensatz zur Massenkultur – in engen Räumen ohne staatliche Förderung kaum Überlebenschancen haben.





4

Eine weitere Kernfrage künftiger Kulturpolitik im digitalen Zeitalter ist der Ausgleich von Interessen: Kunstschaffende haben einerseits einen Anspruch auf angemessene Vergütung für ihr kreatives Schaffen und ihre Werke. Andererseits hinterfragen immer mehr jüngere KünstlerInnen die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Kunst und fordern einen ungehinderten Zugang und Umgang mit kreativen Werken. Die Revision des Schweizer Urheberrechts muss darauf auch hierzulande zukunftstaugliche Lösungen finden. Und nicht zuletzt fordert auch die Öffentlichkeit, dass all jenes Kulturschaffen, das mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, für sie zugänglich bleibt.

Im digitalen Zeitalter ebenso wichtig ist der Umgang mit dem kulturellen Erbe eines Landes. Riesige Bestände an Literatur, Film, Musik und dergleichen müssen mit grossem Aufwand und möglichst bald digitalisiert werden, um sie für die Nachwelt zu sichern. Das Bundesarchiv und die Landesbibliothek haben mit diesem Mammut-Werk bereits begonnen. Für die Schweizer Kulturpolitik bleibt angesichts der gesamten Herausforderungen jedoch noch viel zu tun.



Statement 1

«Le numérique, une chance pour la culture:
le nouvel écosystème numérique de la culture est confronté, presque
simultanément, à trois phénomènes:

- la numérisation des œuvres et l'essor fulgurant des pratiques d'échange sur les réseaux,
- la démocratisation des capacités de création et de diffusion,
- le phénomène de la "longue traîne", ... redonne de la valeur au fond de catalogue et donne une réalité à la diversité culturelle.»

Extraits p.17 du dossier *République 2.0* – Vers une société de la connaissance ouverte (5.4.07)

4



Statement 2

«Dans la Société de l'Information, la capacité de notre pays à produire et à consommer ses propres images est déterminante pour son identité et son indépendance. Un cinéma suisse largement accessible à tous les citoyens est l'un des objectifs prioritaires; de nouvelles stratégies de distribution de nos films devront être identifiées en fonction du développement de nouveaux supports de divertissement et d'information.»

NICOLAS BIDEAU, section Cinéma, Office fédéral de la culture (OFC)



Statement 3

«Der Vorschlag des Bundesrates ist ein guter Schritt, um die Probleme unserer zukünftigen digitalen Gesellschaft zu bewältigen. Zu wünschen wäre, dass der Bund in Zukunft noch verstärkter interveniert und vor allem in der Bereitstellung der digitalen Netzwerke eine initiative Rolle einnimmt! Dies vor allem im Hinblick auf die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau und in der Betreuung der Randregionen.»

SAMIR – Filmmacher

Statement 4

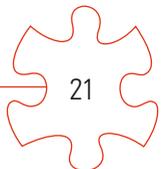
«Die Kulturszene der Schweiz ist so vielfältig wie einzigartig. Um ihre Vielfalt – jenseits blosser Gefälligkeiten – zu bewahren, braucht es eine Kulturförderung. Doch auch die Kultur muss sich neuen Herausforderungen stellen und darf nicht im Bewahren von Pfründen verharren. Mit neuen Technologien wird sich das Kulturschaffen grundlegend verändern, das heisst, die bisherigen Grenzen zwischen Produzenten und Konsumenten werden sich immer mehr vermischen.»

WOLF LUDWIG, comunica.ch

4

Links

- **Beiträge der Teilnehmenden**
<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique57>
- **Dokumente und Verweise**
<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique11>
- **Memoriav: Audiovisuelle Kulturgüter erhalten**
<http://de.memoriav.ch/>





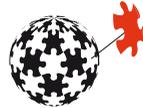
Geeignete Rahmenbedingungen und Wettbewerbschancen

Das Internet ist, wie kaum je eine grosse Erfindung zuvor, durch die kreative Intelligenz von Wissenschaftlern und den Wagemut vereinzelter Pioniere aus der Wirtschaft entstanden. Dass es so gut funktioniert und sich atemberaubend schnell verbreitet, war nur möglich, weil man sich früh auf verbindliche Standards und Normen (Internetprotokolle) verständigte. Staatliche Verwaltungen haben sich – im Gegensatz zur klassischen Telekommunikation – bei der Regulierung des Netzverkehrs bislang weitgehend zurückgehalten.

Die Nutzung des Internets für die Wirtschaft wurde erst gegen Ende der 90er-Jahre erkannt und ist im ersten Anlauf einer «New Economy» bald gescheitert. Die ersten Versuche einer «kommerziellen Besiedelung des Internets», wie ein Wissenschaftler formuliert, waren derart verwegen, dass die sogenannte «dot.com-Blase» binnen kurzer Zeit platzte. Die zunehmende Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) für die Wirtschaft ist jedoch unverkennbar.

5

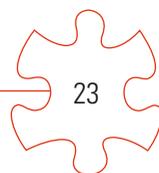




ICT entscheiden inzwischen über Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, neue Märkte und Exportchancen einer Volkswirtschaft. ICT prägen Ausbildung und Berufschancen der nachwachsenden Generationen. Wer heute den Anschluss verliert, bei der Ausbildung, Unternehmensstrategie, Geschäftsausrichtung oder Marktorientierung, hat seine Zukunft verspielt. Waren die westlichen Industrienationen gestern noch führend auf allen Weltmärkten, haben einstige Entwicklungs- oder Schwellenländer wie China oder Indien rasant aufgeholt. Der indische Subkontinent, heute schon ein führender Dienstleister in der Informationstechnologie, wird nach Prognosen vieler Wirtschafts- und Finanzfachleute auch der globale Wachstumsmotor der nächsten Jahre sein.

Damit die Schweiz weiterhin ein wichtiger Standort und die einheimischen Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben, sind Weichenstellungen unumgänglich. Dazu ist eine vorausschauende Arbeitsteilung notwendig. Der Staat kann geeignete Rahmenbedingungen schaffen, international kompatible Schnittstellen definieren, um Unternehmen den Marktzugang zu erleichtern. Eine wesentliche Voraussetzung sind ausserdem Investitionen in den Bereichen Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie Forschung und Technologieförderung. Der Bundesrat versucht in seiner Strategie zur Informationsgesellschaft, diesen Herausforderungen Rechnung zu tragen, und hat entsprechende Prioritäten gesetzt.

Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung wird jedoch zunehmend deutlich, dass die staatliche Ordnungsmacht gerade noch bis zur Landesgrenze reicht. Darüber hinaus ist internationale Kooperation notwendig. Aber auch diesseits der Landesgrenze kann die Informationsgesellschaft nur zukunftsfähig gestaltet werden, wenn alle Beteiligten eng zusammenarbeiten: der Staat, die Wirtschaft und die Schweizer Gesellschaft.





Statement 1

«Der moderne Staat soll Dienstleistungen für die Unternehmen erbringen. Er steht den Unternehmen jederzeit mit einer raschen, unkomplizierten elektronischen Abwicklung von Administrativabläufen zur Verfügung. Im Sinn des No-Stop Government (kein Stopp bei der Verwaltung) unterstützt und begleitet der Staat die Unternehmen. Diese sind Partner, nicht mehr sporadische Bittsteller beim Staat.»

CHRISTIAN WEBER, Ressort KMU-Politik – Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)



5

Statement 2

«Die elektronische Abwicklung des gesamten Behördenverkehrs bringt gerade für KMU eine spürbare Entlastung. Sie ermöglicht den Zugriff zu Formularen und die Erledigung von Routinegeschäften auf einfache Art auch ausserhalb von Bürozeiten. Zusätzlich müssen alle administrativen Melde- und Bewilligungsverfahren laufend kritisch auf deren Notwendigkeit und mögliche Vereinfachungen geprüft werden. Nur mit beiden Massnahmen lässt sich die Bürokratielawine eindämmen. Der volle Effizienzgewinn bedingt zudem, dass auch die staatlichen Stellen die elektronische Abwicklung in ihre eigene Tätigkeit integrieren.»

THOMAS PLETSCHER, Geschäftsleitung economiesuisse



Statement 3

«Les entreprises bénéficient de la continuité et de la pérennité de l'État.»

ANDREAS SCHWEIZER, COM ICT (SATW), Association pour le patrimoine industriel (API)

Statement 4

«Digitale Inhalte und die damit verbundenen technologischen Innovationen und neuartige Verbrauchernachfrage sind inzwischen ein wichtiger Wachstumsmotor der IKT-Industrie. Digitale Inhalte und das partizipative Web sind aber auch für alle anderen Unternehmen, für Internet-Nutzer aber auch für den Zugang zu Wissen, Bildung, und die Politik relevant. Der Staat kann die Erstellung und Nutzung digitaler Inhalte durch die Schaffung allgemein förderlicher Rahmenbedingungen unterstützen und für ein günstiges unternehmerisches Umfeld sorgen. Er ist gleichzeitig aber auch ein wichtiger Urheber und Nutzer digitaler Inhalte. Wie der Staat selbst mit seinen digitalen Inhalten umgeht, welche Inhalte er digital anbietet und wem er zu welchen Bedingungen Zugang gibt, muss verbindlich geregelt sein.»

Dr. SACHA WUNSCH-VINCENT, OECD (Paris)

Statement 5

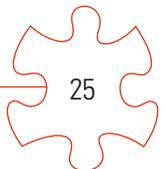
«Gäbe es ohne Internet eine globale Wirtschaft, die es uns als kleine Firma ermöglichen würde auf dem Weltmarkt präsent zu sein? Heute führen wir weltweit Web-Präsentationen vor, informieren all unsere Kunden zeitgleich und updaten unsere Systeme auf der ganzen Welt, ohne dass wir die Büros verlassen müssen. Ohne diese globale Kommunikationsinfrastruktur würde die Noser Gruppe ganz anders aussehen!»

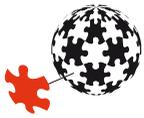
RUEDI NOSER, Unternehmer und Nationalrat

5

Links

- **Beiträge der Teilnehmenden**
<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique52>
- **Dokumente und Verweise**
<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique6>
- **Amtsschalter für Unternehmen**
http://www.kmuadmin.ch/kmucms/index_de
- **Dienstleistungen für Unternehmen**
<http://www.ch.ch/unternehmen/index.html?lang=de>





Behörden im Netz

Im Januar 2007 hat der Bundesrat seine Strategie zur elektronischen Verwaltung verabschiedet. Den elektronischen Behördengang haben bislang jedoch noch wenige in Anspruch genommen. Die häufigsten Nutzer sind Firmen, die damit ihren Verwaltungsaufwand verringern. Private hingegen nutzen die neuen Dienste und Möglichkeiten überwiegend für Steuererklärungen und dergleichen. Der Nutzen, so scheint's, ist damit noch zu wenig bekannt oder offensichtlich. Bei den positiven Alltagserfahrungen hapert's noch.



6

Elektronische Verwaltung bedeutet den Einsatz von neuen Informations- und Kommunikationsmitteln (ICT) mit dem Ziel, die Qualität und Effizienz von öffentlichen Verwaltungen zu verbessern – ob beim Bund, den Kantonen oder in Städten und Gemeinden. Mit diesen neuen Verwaltungsmethoden, auch E-Government genannt, soll auch die nicht immer reibungslose Kommunikation mit den BürgerInnen und der Wirtschaft erleichtert werden. Voraussetzung hierzu ist allerdings, dass die Geschäftsprozesse innerhalb und zwischen den drei Ebenen Bund, Kanton und Gemeinde umgestaltet werden, so dass zum Beispiel bei einem



Ortswechsel die betroffenen Gemeinden automatisch die entsprechende Mitteilung erhalten.

Wo Behördengänge vereinfacht und erleichtert werden, steigen Nutzen, Qualität und Transparenz für alle Beteiligten. Das Konzept von E-Government betrachtet die BürgerInnen als selbstständige Partner. BürgerInnen wollen rasch und einfach ihre Hundemarke, ihr Fischereipatent lösen oder die Steuererklärung ausfüllen und einreichen. Dank Internet können sie dies rund um die Uhr von zu Hause aus erledigen – unabhängig von den Öffnungszeiten der Arbeitsstellen und ohne wissen zu müssen, welche Behörde bei Bund, Kanton oder Gemeinde für welches Anliegen zuständig ist. Ausserdem muss die staatliche Verwaltung auch den Bedürfnissen der Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen KMU, gerecht werden, die sich zwangsläufig in den Themen von den Bedürfnissen der Privatpersonen unterscheiden.

Aus diesem Grund stellt die nationale Einstiegsseite der Schweiz, das Schweizer Portal www.ch.ch, die Bedürfnisse von BürgerInnen und von Unternehmen in den Mittelpunkt. Nach Themen und Zielgruppen geordnet, werden Informationen und Dienstleistungen aller drei staatlichen Ebenen (Bund, Kantone und Gemeinden) erschlossen. Gleichzeitig werden die NutzerInnen laufend über das Service-Angebot und den Umfang der elektronischen Leistungen der Verwaltung informiert.

Die staatliche Administration sollte Vorbild-Charakter haben und bei den BürgerInnen das Vertrauen in ihre Dienste stärken, das heisst, Missbräuche beim Persönlichkeitsschutz, der Datensicherheit oder mangelnde Transparenz bei Verwaltungsentscheiden müssen möglichst verringert werden. Die neuen Technologien fördern Harmonisierung, Standardisierung, Datensicherheit und Effizienz in der Verwaltung und verbessern gleichzeitig Zugang, Beteiligung und Transparenz für die BürgerInnen. Wichtig dabei ist auch, Barrieren für Behinderte abzubauen. Vertrauen setzt Verständnis für Verwaltungsabläufe und mögliche Risiken voraus. Unterstützung der NutzerInnen ist deshalb auf allen Ebenen notwendig.

6





Statement 1

«Bei der elektronischen Verwaltung geht es nicht nur um die Modernisierung der technologischen Infrastruktur, sondern vor allem um die Neugestaltung und Reorganisation der internen Abläufe auf allen Ebenen, bei Bund, Kanton und Gemeinde. Denn nur wenn wir wissen, was wir tun, und wie wir es tun, können wir die verlangten Leistungen erbringen und die Transparenz schaffen, die nötig ist, um in der globalisierten und immer komplexeren Welt der Zukunft bestehen zu können.»

AMR HUBER, Bundeskanzlei, Elektronischer Behördenverkehr

Statement 2

«E-Government nutzt die Fortschritte der Technik sowie geänderte Verhaltensweisen der BürgerInnen, Unternehmen sowie der Verwaltung, um eine wirtschaftliche Abwicklung von Dienstleistungen zu ermöglichen, einen Beitrag zur Standortförderung zu leisten und den politischen Zusammenhalt zu festigen.

In den nächsten fünf Jahren sollen Privatpersonen und Unternehmen im Kanton St.Gallen einen schnelleren, unkomplizierteren und kostengünstigeren Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung erhalten. KMU und Wirtschaft sollen administrativ entlastet werden.

6





Für direkte Transaktionsmöglichkeiten mit BürgerInnen sowie zwischen den betroffenen Verwaltungseinheiten sollen die nötigen elektronischen Instrumente geschaffen werden. [..]»

PETER SCHÖNENBERGER, Regierungsrat des Kantons St.Gallen

Statement 3

«De la donnée à la connaissance, véritable ressource stratégique de notre société, ce nouveau paradigme guide notre stratégie vers un écosystème, basé sur un référentiel e-society, ouvert, interopérable, flexible et centré sur le citoyen.»

http://ict.satw.ch/SPIP/article.php3?id_article=402

http://www.ict21.ch/ecrire/?exec=articles?id_article=177

JEAN-MARIE LECLERC, Centre des technologies de l'information (CTI), Genève

Statement 4

«Die Schweizer Bevölkerung ist ausserordentlich anspruchsvoll. Was nicht hundertprozentig funktioniert, wie auf Qualitätsstufe des e-Banking, hat bei unseren BenutzerInnen keine Chance. Es kann daher nicht darum gehen, einfach möglichst schnell viele neue Applikationen einzuführen, wenn diese nicht gut sind.»

CARL AUGUST ZEHNDER, ETH Zürich, ICTswitzerland, SATW

6

Links

- **Beiträge der Teilnehmenden**

<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique55>

- **Dokumente und Verweise**

<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique9>

- **Strategie «eGovernment»**

<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/01688/index.html?lang=de>

<http://internet.isb.admin.ch/themen/egovernment/00067/>

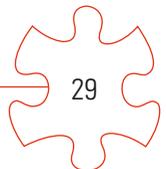
index.html?lang=de

- **Das Schweizer Portal**

<http://www.ch.ch/index.html?lang=de>

- **Trendbarometer «eGovernment»**

<http://www.e-government.bfh.ch/index.php?nav=375>





Effizienz und Zeit sind entscheidend

Auch im Gesundheitswesen haben neue Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) Spuren hinterlassen. Das sogenannte elektronische Gesundheitswesen (E-Health) ermöglicht es, auf einfache Weise eine zweite Meinung einzuholen. Chronisch Kranke können von zu Hause aus die Daten übermitteln, die nötig sind, um ihre Krankheit zu überwachen (Gewicht, Blutdruck...). Der Zugang über Internet ist für PatientInnen komfortabler, da es ihnen erspart bleibt, mehrmals hintereinander Namen, Vornamen, Wohnort und ihre Krankenkasse anzugeben. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen (Banken, Versicherungen, Medien usw.) macht die Einführung neuer Technologien Einstellungs- und Verhaltensänderungen bei allen Beteiligten notwendig: beim Gesundheitspersonal, den Krankenversicherungen wie in der Bevölkerung, bei den Kranken und den Gesunden.

Das Gesundheitswesen wurde in den letzten Jahren durch eine hitzige Debatte über die Kostenexplosion, die sich auf die Höhe der Krankenkassenprämien auswirkt, geprägt. In diesem Bereich gibt es noch erhebliche Optimierungsmöglichkeiten im Sinne der Vermeidung von Doppelspurigkeiten: angefangen bei der Vorsorge, der Qualität, der Gesundheitsförderung bis zu sozialverträglichen Kosten im Gesundheitssystem. Die neuen Kommunikationstechnologien können dazu beitragen, Abläufe und die Koordination zu verbessern und die Effizienz zu erhöhen. Davon werden letztendlich die im Gesundheits- und Krankenversicherungsbereich Tätigen ebenso profitieren wie die PatientInnen.

7

Nach einem dramatischen Unfall spielt Zeit häufig eine entscheidende bis lebensrettende Rolle. Haben Rettungspersonal und Notfallärzte sofort Zugriff auf wesentliche Basisdaten des Verunglückten wie Blutgruppe und dergleichen, können sie viel schneller und gezielter notwendige Eingriffe vornehmen. Diesbezüglich haben sich in andern Ländern wie Österreich Gesundheitskarten bereits bewährt. Allerdings sind diverse Vorkehrungen notwendig, damit Missbräuche mit sensiblen und personenbezogenen Gesundheitsdaten ausgeschlossen werden können. PatientInnen müssen auf allen Stufen des Systems die letzte Entscheidung haben, wer auf ihre persönlichen Daten unter welchen Umständen zugreifen darf (informationelles Selbstbestimmungsrecht). Die Grundsatz-



fragen von Sicherheit und Vertrauen müssen insbesondere im Gesundheitswesen einen hohen Stellenwert für alle Beteiligten haben.

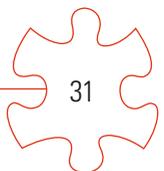
Der Gesundheitsbereich (E-Health) hat daher auch in der überarbeiteten bundesrätlichen Strategie (Januar 2006) höchste Priorität. Zu den Schwerpunkten des Bundes gehören: Bis 2015 soll schrittweise ein persönliches und elektronisches Dossier für alle PatientInnen eingeführt werden. Die angestrebten Verbesserungen können jedoch nur erreicht werden, wenn die sogenannten Leistungserbringer (Ärzte usw.) unabhängig von Ort und Zeit Zugriff auf behandlungsrelevante Informationen ihrer PatientInnen haben. Das Dossier muss so ausgestaltet sein, dass Datensicherheit, Datenschutz und Datenhoheit sichergestellt sind und die Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben. Bei der Umsetzung dieser Strategie, die noch intensiv diskutiert wird, soll die Versichertenkarte eine Vorreiterrolle spielen.



7

Statement 1

«Le Tecnologie dell'Informazione e della Comunicazione (ICT) applicate all'ambito sanitario facilitano la concertazione tra i diversi professionisti, favorendo una maggior efficacia ed efficienza degli interventi e diventando nel contempo un'occasione fondamentale di crescita professionale continua.»





Le ICT sono alleate del cittadino, anche nella sua veste di paziente, fornendo le opportunità per renderlo più consapevole e partecipe delle decisioni riguardo il proprio stato di salute.»

PATRIZIA PESENTI, Consigliera di Stato, Ticino

Statement 2

«Der Patient der Zukunft erwartet eine überall abrufbare, qualitativ hochstehende und kostengerechte medizinische Leistung. Schon heute betreut Medgate täglich bis zu 1'500 Patienten per Telefon, Internet und Videokonferenz. Damit die Schweiz ein konkurrenzfähiger Wirtschaftsstandort bleibt, braucht es sowohl einen nationalen Standard für das elektronische Patientendossier als auch eine Angleichung der Schweizer Telemedizin an die internationalen Standards.»

Dr. med. ANDY FISCHER, Schweizer Zentrum für Telemedizin MEDGATE

Statement 3

«Der Einsatz von ICT in der Medizin (eHealth) führt zu neuen Möglichkeiten der Prozessoptimierung und zu einer Qualitätsverbesserung bei der Patientenversorgung, was mit ein Anliegen der SATW-Leitung ist. Ihr gebührt grosse Anerkennung für das Engagement, denn dieses dient letztlich allen Bürgern und Patienten, auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

ICT in der Patientenversorgung beinhaltet u.a. den rechtskonformen 24/7 Zugriff auf alle entscheidungsrelevanten Daten, ein Real-Time Datenmanagement und bewirkt eine Fachgruppen-, Länder- und Sprachgrenzen übergreifende Vernetzung aller involvierten Personen durch eine logische Interoperabilität. (medXchange-Metadatenbank) [...]

Dr. med. JOACHIM KELL, medXchange

Statement 4

«eHealth ist keine Science Fiction, sondern eine Frage des gesunden Menschenverstandes! Es geht darum, sich an den Bedürfnissen der gesunden und kranken BürgerInnen auszurichten, mit zeitgemässen Mitteln unsere Strukturen und Prozesse für die Bewältigung der bereits heute erkennbaren logistischen und ökonomischen Herausforderungen fit zu machen. eHealth kann hier und jetzt umgesetzt werden – vorausgesetzt, der Wille zur Verbesserung



unseres Gesundheitswesens ist ernsthaft vorhanden. Neue Wege entstehen, indem man sie geht!»

Dr. med. MARTIN D. DENZ, Swiss Society for Telemedicine and eHealth, European Health und Telematics Association, Brussels, COM ICT (SATW)

Statement 5

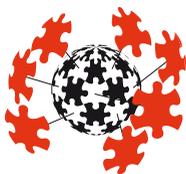
«Die Bürgerin und der Bürger müssen im Zentrum der eHealth Strategie stehen. Deren Nutzen und Interessen müssen bei der Zielsetzung klar zum Ausdruck kommen. Ich denke dabei unter anderem an die Entscheidungskompetenz bezüglich Datenzugang, die bei den Versicherten liegen muss. Zudem braucht eHealth ein klares rechtliches Umfeld. Bei der Finanzierung stellt sich die Frage, wer die Investitionen bezahlt, weil die Kosten nicht unbedingt dort entstehen, wo auch der Nutzen erfolgt.»

EDITH GRAF-LITSCHER, Nationalrätin, Patientenstelle Ostschweiz, Öffentliche Krankenkassen Schweiz (ÖKK)

7

Links

- **Beiträge der Teilnehmenden**
<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique58>
- **Dokumente und Verweise**
<http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique12>
- **Strategie E-Health**
<http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/00305/03505/index.html?lang=de>



Glossar

E-Demokratie oder **E-Democracy**: Durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien werden Information und Kommunikation innerhalb und zwischen den Behörden, BürgerInnen, Unternehmen und weiteren staatlichen Institutionen vereinfacht.

Diese neuen Technologien erleichtern die Teilnahme der BürgerInnen in politischen Fragen auf allen staatlichen Ebenen. BürgerInnen können z.B. aufgefordert werden, auf elektronischem Weg Ideen zur Gestaltung des öffentlichen Raums einzugeben. Auch die Konsultationsverfahren (Vernehmlassungen) lassen sich elektronisch abwickeln.

Geht es um die Wahrnehmung der politischen Rechte, so wird der Begriff des **Vote électronique** (auch E-Voting) gebraucht. **Vote électronique** bedeutet, elektronisch abzustimmen und zu wählen sowie später auch Referenden, Initiativen und Vorschläge für Nationalratswahlen auf elektronischem Weg zu unterzeichnen.

Unter **E-Government**, **elektronischer Verwaltung** oder **elektronischem Behördenverkehr** versteht man die Neugestaltung des Verkehrs unter und mit staatlichen Stellen durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien. E-Government intensiviert und fördert den Dialog zwischen Staat und Bevölkerung und erleichtert die Abwicklung von Behördengeschäften, wobei die herkömmlichen Kommunikationswege weiterhin verfügbar bleiben sollen. BürgerInnen wie Unternehmen sollen rasch und ohne Vorwissen zu den zuständigen Verwaltungsstellen geführt werden und die nötigen Behördenkontakte rasch und unkompliziert abwickeln können (z.B. mit Formularen).

G

Die Weiterentwicklung von E-Government führt zum **No-Stop-Government**. Beim No-Stop-Government müssen die BürgerInnen und Unternehmen künftig nicht mehr einen Ämter-Marathon bei der Verwaltung absolvieren, sondern erhalten das Gewünschte – zum Beispiel Formulare oder Verzeichnisse – automatisch in der Form geliefert, die für sie den kleinsten Aufwand (Arbeit/Kosten) verursacht. Auf längere Sicht



wird eine «No-Stop-Verwaltung» die Bürokratie «unspürbar» machen.

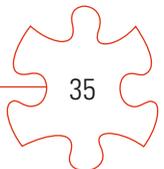
Unter **E-Health** versteht man den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen, um die Administrativbelastung (von ÄrztInnen, Krankenkassen, Versicherungen) zu senken und um die Qualität im Gesundheitswesen, regional wie weltweit, zu verbessern. Bekannte Beispiele sind die Telemedizin oder das Disease Management (Koordination aller Massnahmen zur optimalen Behandlung einer Krankheit).

E-Learning (auch Online-Lernen) kennzeichnet den Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Bildungsbereich. Neue Formen des elektronisch gestützten Projekt- und Gruppenunterrichts ergänzen sowohl den traditionellen Lehr- und Lernbetrieb als auch den orts- und zeitunabhängigen Fernunterricht. E-Learning erleichtert vor allem auch die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung und entspricht den Anforderungen des lebenslangen Lernens.

Allgemeine Links

- **Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft (1998, 2006)**
<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/00695/index.html?lang=de>
- **Strategie «eGovernment» (Januar 2007)**
<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/01688/index.html?lang=de>
- **Strategie eHealth (Dezember 2006 – Juni 2007)**
<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/01689/index.html?lang=de>
<http://www.bag.admin.ch/themen/krankensversicherung/00305/03505/index.html?lang=de>
- **Bildungswesen: Public-Private-Partnership – «Schule im Netz»**
<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/01691/01745/index.html?lang=de>
- **Vertrauen und Sicherheit**
<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/01691/01710/index.html?lang=de>
- **Informationsgesellschaft in Zahlen**
<http://www.bakom.ch/themen/infosociety/01692/index.html?lang=de>

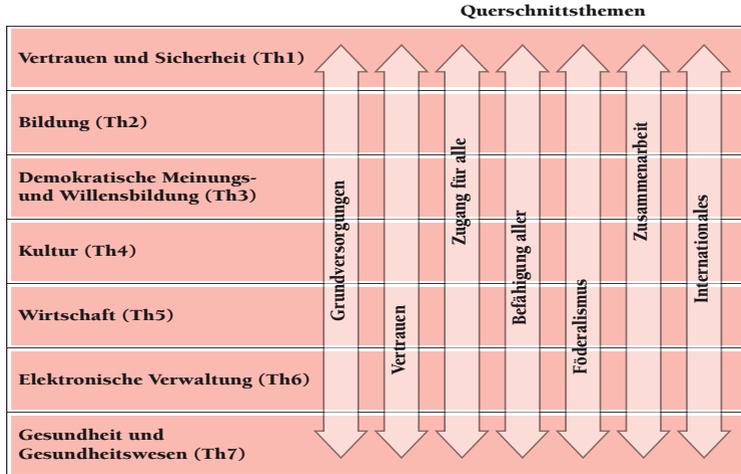
G





Organisation

Raster für das Forum ICT 21 in Gerzensee



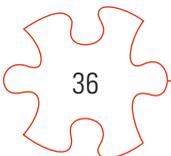
Moderatoren (M) / Berichterstatter (B)

Th1 (M): ROBERT HILTY (certifida, e-Trust International Association)
(B): MARKUS FISCHER (SATW, ICTswitzerland)

Th2 (M): LOUIS-JOSEPH FLEURY (SATW)
(B): MICHAEL ANDERES (Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, Freiburg)

Th3 (M): VINZENS WYSS (Zürcher Hochschule Winterthur / Institut für Angewandte Medienwissenschaft)
(B): PETER STÜCHELI-HERLACH (Zürcher Hochschule Winterthur / Institut für Angewandte Medienwissenschaft)

Th4 (M): JÜRIG ISLER (Schweizer Fernsehen / 3sat)
(B): DANIEL BOOS (Digitale Allmend)





- Th5** (M): KARL HOPPLER (Bison-System AG)
(B): PHILIPPE JAEGGLI (Bison-System AG)
- Th6** (M): FULVIO CACCIA (SATW, ICTswitzerland)
(B): WOLF LUDWIG (comunica-ch)
- Th7** (M): MICHEL ROULET (TMI Technology Management, Innovation Consulting, SATW)
(B): Dr. med. JOACHIM KELL (MedXchange)

Organisationskomitee Forum ICT 21

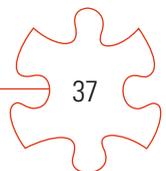
- SERGIO BELLUCCI (TA-SWISS)
- SABINE BRENNER (BAKOM)
- GUILLAUME CHENEVIÈRE (comunica-ch, Fondation Médias et Société)
- MARKUS FISCHER (SATW, ICTswitzerland)
- MATHIEU FLEURY (impressum – Die Schweizer Journalistinnen)
- MATHIAS KNAUER (Suisseculture, Schweizer Plattform zur kulturellen Diversität)
- WOLF LUDWIG (comunica-ch)
- RAYMOND MOREL (SATW, ICTswitzerland, IFIP)
- HANNA MURALT MÜLLER (Bundeskanzlei, SSAB)
- CHANTAL PEYER (comunica-ch, Brot für Alle (BFA))

mit der Zusammenarbeit von

- GERTRUD LUTZ ZAMAN (Bundeskanzlei)
- PIERRE-PAOLO PUGNALE – PECUB (dessinateur philosophe)
- ROBERTO SEGALLA (HEP Bejune)

Liste der Teilnehmenden

- siehe <http://www.ict-21.ch/spip.php?article137>





Patronat

SATW (www.satw.ch)

Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften,
Mitglied der Akademien der Wissenschaften Schweiz

a⁺ (www.akademien-schweiz.ch)

Träger

Commission ICT de la SATW (<http://ict-satw.ch>)

ICTswitzerland (www.ictswitzerland.ch)

Information and Communication Technology

ePower für die Schweiz! (www.epower-initiative.ch)

Eine parlamentarisch-wirtschaftliche Initiative

comunica-ch (www.comunica-ch.net)

Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft

TA-SWISS (www.ta-swiss.ch)

Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung

Partner

Bundesamt für Kommunikation (BAKOM)

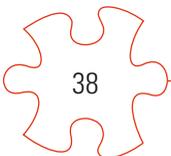
<http://www.bakom.admin.ch>

Schweizerisches Bundesarchiv (BAR)

<http://www.bar.admin.ch>

Bundeskanzlei (BK)

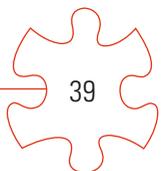
<http://www.bk.admin.ch>





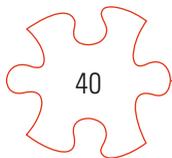
Grafik: Georges-Alain Dupanloup
Illustrationen: Pecub – <http://www.ict-21.ch/IMG/PENDANT-Forum/index.htm>
Druck und Umschlag: SRO Kündig – Genève
download: <http://www.ict-21.ch/spip.php?rubrique60>

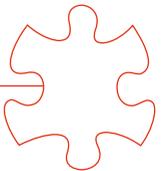
Auflage:
9000 deutsch, 4000 französisch, 3000 italienisch, 4000 englisch





Notizen







ICTSWITZERLAND
Information and Communication Technology
www.ictswitzerland.ch

ICTswitzerland: the voice of ICT in Switzerland
dankt den folgenden Organisationen für die Unterstützung bei
der Herstellung dieser Broschüre:

